

ELKE BREITENBACH, KATINA SCHUBERT

Auf den Inhalt kommt es an

Anmerkungen zur Programmdebatte
für die neue Linke

Noch knapp neun Monate, dann soll die neue Linke, bestehend aus Linkspartei.PDS und WASG sowie weiteren bislang parteilosen Linken stehen. Dazu braucht sie ein Parteiprogramm, zumindest ein vorläufiges.

Zwei Fassungen für programmatische Eckpunkte der neuen Partei hat die von beiden Parteivorständen berufene Programmgruppe mittlerweile vorgelegt. Weitere programmatische Positionspapiere gibt es zusätzlich: von der emanzipatorischen Linken, der sozialistischen Linken, der antikapitalistischen Linken sowie den Gründungsaufwurf von Lothar Bisky, Katja Kipping, Gregor Gysi, Oskar Lafontaine u. a.

Ein erster Programmkonvent fand am 30. 9. in Hannover statt und machte vor allem eins deutlich: Die programmatischen Eckpunkte werden nur die Grundlage eines vorläufigen Gründungspapiers der neuen Linken sein können. Sie konnten auch in ihrer zweiten Fassung niemanden zufrieden stellen. Sie verfolgen den Anspruch, die Ansätze aller Strömungen und Positionen in der neuen Linken zu bedienen und verdecken damit im Gegenzug weitgehend die Dissenspunkte. Das ist in der Phase der Parteigründung möglicherweise ein gangbarer Weg, aber er erschwert die inhaltliche Debatte.

Es ist notwendig, Dissenspunkte und offene Fragen zu benennen und auszutragen, die sich quer durch beide Parteien ziehen – zumal die Konflikte schon jetzt über die Medien ausgetragen werden.

Wenn sich eine Partei wie die Linkspartei.PDS mit ihrer ostdeutschen Herkunft und eine Partei wie die WASG mit ihrer westdeutschen Herkunft aus dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Milieu vereinen, ist es normal, dass es inhaltliche Unterschiede und Diskussionsbedarf gibt – und man sollte diese Punkte auch als solche kenntlich machen.

Strittig ist schon die Frage, welchen Charakter die neue Partei haben soll. Soll sie eine anti-neoliberale Sammlungsbewegung oder eine demokratisch-sozialistische Richtungspartei sein.

Wir wollen mehr als eine Sammlungsbewegung all derer, die sich aus unterschiedlichen Motiven von den übrigen Parteien abgewandt haben. Wir treten ein für eine Partei, die sich dem demokratischen Sozialismus als Ziel, Wertesystem und Weg verpflichtet. Ausgangspunkt für uns ist die Frage, was braucht der Mensch, um ein freies selbstbestimmtes Leben führen zu können? Freiheit sowie Gerechtigkeit und Gleichheit bei aller Unterschiedlichkeit der verschiedenen Lebensweisen und -stile sind für uns zwei Seiten einer Medaille,

Elke Breitenbach – Jg. 1961,
Politikwissenschaftlerin,
Mitglied des Parteivorstands
der Linkspartei.PDS und
Mitglied des Berliner
Abgeordnetenhauses.
Zuletzt in UTOPIE kreativ:
(mit Katina Schubert)
Opposition und Regierung –
Partei und Bewegung –
Widersprüche, Heft 165/166
(Juli/August 2004).
Kontakt:
www.elke-breitenbach.de

die unauflöslich miteinander verbunden sind. Soziale Gerechtigkeit ohne individuelle Freiheit führt zu Entmündigung und Fremdbestimmung, Freiheit ohne soziale Gerechtigkeit bedeutet Freiheit nur für die Starken.

Demokratisch-sozialistische Politik setzt an den zentralen gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen an und entwickelt Strategien und Konzepte zur Überwindung derselben. Zu diesen Unterdrückungsverhältnissen gehören die Dominanz des Kapitals über die Arbeit, Rassismus, Antisemitismus und das Patriarchat.

Demokratisch-sozialistische Politik beginnt im Hier und Jetzt. Dazu gehört jede Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen genauso wie die Verhinderung oder zumindest Abmilderung weiterer Verschlechterungen. Dazu gehört auch die Entwicklung von Perspektiven und alternativen umsetzbaren Politikkonzepten, die einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden einleiten können. Deshalb hat demokratisch-sozialistische Politik die Klaviatur politischen Handelns in ihrer Gänze zu spielen, von der außerparlamentarischen Opposition bis hin zur Regierungsbeteiligung. Dies hat die Linkspartei.PDS mit dem »strategischen Dreieck« deutlich gemacht: Protest und Widerstand als einen Eckpunkt, dem Anspruch auf politische Gestaltung als zweiten und der Entwicklung von Reformalternativen, die über den Kapitalismus hinausweisen als dritten.

Die Verankerung des strategischen Dreiecks und der Gleichrangigkeit und gegenseitigen Bedingtheit von individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit als tragende Säulen demokratisch-sozialistischer Politik haben deshalb für uns und viele weitere Mitglieder der Linkspartei.PDS einen zentralen Stellenwert im Gründungsdokument der neuen Partei.

Dabei verkennen wir nicht, dass viele Mitglieder der WASG mit dem Begriff und der Idee des demokratischen Sozialismus nichts anfangen können und wir sie für diese Idee gewinnen müssen. Es kommt nicht darauf an, wie oft die Worte demokratischer Sozialismus in den programmatischen Eckpunkten erscheinen, sondern ob die Idee einer Gesellschaft gleicher und freier Menschen in sozialer Gerechtigkeit und Freiheit als Leitmotiv, als treibende Kraft unserer Politik erkennbar wird.

Dazu gehört auch, dass wir den Willen, in gesellschaftliche Prozesse einzugreifen, für die Ausgegrenzten, Benachteiligten, Diskriminierten Partei zu ergreifen und Alternativen zu entwickeln, öffentlich dokumentieren. Wir sind Teil dieser Gesellschaft, die sich dem politischen Wettbewerb stellt und um gesellschaftliche Mehrheiten für ihre Politik kämpft. Dies wollen wir als Teil der außerparlamentarischen Opposition genauso wie aus der parlamentarischen Opposition und aus Regierungsverantwortung heraus.

Zu den zentralen Herausforderungen der Linken weltweit gehört die Frage, wie die Politik das Primat über die Ökonomie, über die Profitlogik des Kapitals zurückgewinnt. Die Globalisierung ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist auch nicht einfach die internationale Form von Kapitalismus. Sie ist auch das Werk von Menschen, die sich global wirkende Techniken und Strategien zu Nutze gemacht haben. Die Folgen liegen auf der Hand: die internationale wirt-

Katina Schubert – Jg. 1961, Politikwissenschaftlerin, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS und Mitglied der Programmgruppe. Zuletzt in UTOPIE kreativ: (mit Elke Breitenbach) Opposition und Regierung – Partei und Bewegung – Widersprüche, Heft 165/166 (Juli/August 2004). Kontakt: www.katina-schubert.de

schaftliche Arbeitsteilung gerät immer mehr unter das Diktat weniger, aber dafür umso mächtiger werdender international tätiger Konzerne – die politischen Gestaltungsspielräume auf der Ebene der nationalen (Regierungs-)Politik werden enger. Gleichzeitig wachsen die Möglichkeiten auch linker Organisationen und emanzipatorischer Bewegungen mit der fortschreitenden Internationalisierung der Arbeits- und Lebensbeziehungen. Die Weltsozialforen, globalisierungskritische Bewegungen wie attac, gemeinsame europäische Gewerkschaftsaktivitäten, auch die Partei der Europäischen Linken belegen dies. Solche internationalen Aktivitäten von unten wären ohne Medien wie das Internet und andere Telekommunikationstechniken kaum vorstellbar. Deshalb sind Überlegungen in der Linken, sich auf den Nationalstaat als einzigen politischen Bezugsrahmen zurückzuziehen, irreführend und gehen an der Realität vorbei. Wir brauchen eine umfassende politische Debatte, wie die Politik das Primat über die Ökonomie zurück erlangt, und das im internationalen Maßstab.

Dazu gehört auch, sich den bestehenden gesellschaftlichen Problemen zuzuwenden und entsprechende Antworten darauf zu entwickeln. Wie wollen wir als Linke beispielsweise einen leistungsfähigen Sozialstaat erhalten, der allen hier lebenden Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand das Recht gibt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und zwar repressionsfrei? Welchen Stellenwert haben dabei für uns öffentliche Güter, mit deren Privatisierung wir gegenwärtig konfrontiert sind? Die Auswirkungen solcher bedingungslosen Privatisierungsstrategien können wir national und international beobachten.

Dabei reicht es nicht aus, in ideologische Reflexe zu verfallen und jede Privatisierung per se als kapitalistisches Teufelszeug zu denunzieren. Entscheidend ist, dass es eine gesellschaftliche Vereinbarung gibt, was staatliche Aufgabe ist, was gesellschaftliche Aufgabe ist, was in öffentlicher Trägerschaft, was in öffentlichem Eigentum stehen muss, wo der Staat die Verfügungsgewalt im öffentlichen Interesse haben muss. Dazu gehört ganz sicher ein Bildungssystem, das ohne Gebührenschränken und frei von sozialer Auslese gleiche Chancen für alle einräumt. Dazu gehört auch der Zugang zu Wasser, Mobilität und Energie. Es ist aber nicht zwingend erforderlich, dass ein Staat Porzellan- oder Autofabriken betreibt. Es ist auch nicht immer notwendig, dass kulturelle, soziokulturelle, ökologische Einrichtungen staatlich betrieben und reguliert werden. Hier sind Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation, sei es in Form von Genossenschaften, in Projekten oder selbstverwalteten sozialen Unternehmen oft wirkungsvoller und leistungsfähiger. Große Teile der sozialen Beratungsinfrastruktur für Frauen, für Erwerbslose, für Obdachlose, für Migrantinnen und Migranten u. v. a. m. entstammen selbstorganisierten, autonomen Projekten, die öffentlich finanziert werden, aber nicht unter staatlicher Kontrolle und Bevormundung stehen, und auch zu Recht nicht stehen wollen.

Auch der Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus im alltäglichen Leben ist nicht staatlich zu verordnen. Er wird von der Zivilgesellschaft und ihren selbstorganisierten Projekten und Einrichtungen wie z. B. den mobilen Beratungsteams, den Opferberatungsstellen und unzähligen Initiativen voran getrieben und ge-

stützt – wobei es dabei auch auf jede und jeden Einzelnen ankommt. Das sind gesellschaftlich notwendige und dringende Aufgaben, die staatlich finanziert, aber nicht organisiert werden müssen und sollen.

Viele inhaltliche und programmatische Auseinandersetzungen sind in der neuen Linkspartei nötig und wünschenswert. Viele der Dissenspunkte sind der unterschiedlichen Herkunft und den unterschiedlichen politischen Traditionen geschuldet, die in der neuen Linken aufeinander prallen. Das stellt alle Beteiligten – ob in Funktionen, Mandaten oder an der Basis – vor die Herausforderung, den jeweils anderen genau zuzuhören und offen für neues Denken und neue Argumente zu sein. Dies kann ein fruchtbarer Prozess werden, der unseren Blick und unsere Positionen schärft. Trotz aller Offenheit gilt für uns auch hier der Satz: Wer für alles offen ist, kann nicht ganz dicht sein. Wir sind nicht bereit, alle programmatischen Positionen und politisch-praktischen Erfahrungen der PDS über Bord zu werfen.

Wir wollen die weitere Demokratisierung der Gesellschaft, die kulturelle Unterschiede und verschiedene Lebensentwürfe akzeptiert, aber für eine gemeinsame Basis des Zusammenlebens auf der Ebene der Grund- und Menschenrechte streitet. Auch die Durchsetzung feministischer Ansätze sind für uns integraler Bestandteil linker Politik. Das hat auch Konsequenzen für die politischen Handlungsweisen in der eigenen Partei und in der Zusammenarbeit mit anderen. Dazu gehören z.B. Instrumente zur Überwindung des Machtgefälles zwischen Männern und Frauen, wie die Quotierung von Gremien und Wahllisten. Eine Partei, die in erster Linie von Männern repräsentiert wird, hat auf die Dauer wenig Zukunft.

Die neue Linke muss auch eine Partei werden, die auf die Stärken und Kenntnisse ihrer Mitglieder baut und sie in die Programm- und Politikentwicklung einbezieht. Dazu zählen die Erfahrungen mit den einzigartigen Strukturumbbruch-Erfahrungen der ostdeutschen Kommunal- und Landespolitikerinnen und -politiker der Linkspartei.PDS. Vieles, was in Ostdeutschland durch Deindustrialisierung, Dequalifizierung und massive Abwanderung längst Alltag ist, steht etlichen Regionen in Westdeutschland noch bevor. Die Linke im Westen könnte von diesen Erfahrungen und Konzepten der Linkspartei.PDS profitieren, wenn sie sich dafür interessiert und sich diese zu eigen macht.

Wir wollen auch weiterhin eine Partei, in der die Mitglieder entscheiden und einbezogen werden. Dazu gehört beispielsweise auch, dass die Beiträge von Mitgliedern, Kreis- oder Landesverbänden zur Programmdebatte genauso legitim und von genauso hohem Stellenwert sind, wie die Wortmeldungen aus der Bundestagsfraktion oder anderswo. Der Stil, der vor allem im Zusammenhang mit dem Landesparteitag in Sachsen-Anhalt im letzten September in offenen Briefen und Interviews gepflegt wurde, wonach alles, was der eigenen Position widerspricht, als neoliberal denunziert wird, mag altem sozialdemokratischem Autoritarismus entsprechen, nicht aber dem Umgang in einer linken Partei, wie wir sie uns vorstellen.

Unverrückbar ist für uns: Die Linke ist eine internationalistische Linke oder sie ist nicht links. Überlegungen, wie sie nach den Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel

von Jürgen Elsässer in der Zeitung »junge Welt« angestellt wurden (jW, 19. 9. 06), der meint, dass die Linke die soziale mit der nationalen Frage verbinden soll, um der NPD das Wasser abzugraben, lehnen wir ab. Dies würde die Partei nach ganz rechts öffnen. Rechtsextremisten sind nicht mit rechtsextremen und nationalistischen Argumenten zu bekämpfen, ganz im Gegenteil: Das verschafft ihnen Bündnispartner und weiteren Zulauf, denn erst die Übernahme ihrer Argumente durch bürgerliche oder gar linke Parteien liefert ihnen gesellschaftliche Akzeptanz. Es gibt keinen linken Nationalismus – und schon gar nicht in Deutschland.